



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Neue Chancen für Bayerns Jugend VI – Mental Health matters, auch in Bildung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Im Zusammenhang mit dem steigenden Risiko von psychischen Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen, unabhängig von der Schulform, sind die Kapazitäten der Schulberatung im Bereich der Schulpsychologie aktuell nicht bedarfsgerecht.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, kurzfristig

- Schulpsychologenstellen bzw. Anrechnungsstunden proportional zur Steigerung der Häufigkeit psychischer Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen mit einer entsprechenden Kompensation der Lehrstunden anzuheben sowie
- Weiterbildungsangebote für pädagogische Fach- und Ergänzungskräfte in der frühkindlichen Bildung im Bereich der psychischen Gesundheit und Früherkennung von psychischen Schwierigkeiten zu schaffen.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, spätestens zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres 2021/2022 folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Schaffung einer digitalen Anlaufstelle für schulische Beratungsangebote.
- Stärkung der digitalen Vernetzung der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in Bayern.
- Das Thema Selbstfürsorge und Aufklärung über psychische Gesundheit soll bei der Überarbeitung der Lehrpläne an sämtlichen Schulformen Berücksichtigung finden. Schwerpunkt soll dabei auf der Entwicklung von Problemlösungs- und Stressverarbeitungsstrategien sowie persönlicher Resilienz liegen. Ebenso ist umfassend über Hilfsangebote aufzuklären, um der nach wie vor geringen Inanspruchnahme professioneller Hilfe unter Jugendlichen entgegenzuwirken. Hilfsweise können auch Betroffene als Positivbeispiele in die Schulen eingeladen werden, die aus eigener Erfahrung berichten und somit zur Entstigmatisierung psychischer Beeinträchtigungen beitragen können.
- Errichtung einer Plattform, mithilfe welcher Schulpsychologen und Psychotherapeuten gemeinsam ein zielführendes Orientierungsangebot für Schulberatung, aber auch Möglichkeiten für weitergehende Beratung im therapeutischen Kontext zur Verfügung stellen können, damit bei Feststellung der Notwendigkeit einer weiterführenden Behandlung konkrete Angebote unterbreitet werden können. Dabei sollten barrierefreie Chancen und Möglichkeiten für die Schülerschaft auch in ländlichen Räumen geschaffen werden, an schulpsychologischen Gesprächen teilzunehmen.

Begründung:

Drogenberatungstage und Sexualkunde haben in Schulen längst Einzug gehalten. Genauso selbstverständlich sollte für Kinder und Jugendliche auch die Bildung und das Wissen über die eigene psychische Gesundheit sein. Ein großer Teil der persönlichen Entwicklung ist auch die Befähigung, sich gut um sich selbst und die eigene Gefühlswelt kümmern zu können.

Die Maßnahmen des Bundes, Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsangebote für Kinder und Jugendliche aufzustoßen, beispielsweise durch das neu aufgebaute Online-Portal „Psychisch stabil bleiben“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, sind Schritte in die richtige Richtung, genügen der Tragweite der Problematik jedoch nicht. Was es braucht, sind Ansprechpartner und niedrigschwellige Unterstützungsangebote direkt vor Ort an den Schulen: Eine Stärkungsoffensive für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer.

Die Ankündigung des Staatsministers für Unterricht und Kultus, im Schuljahr 2021/2022 insgesamt 65 neue Vollzeitstellen im Bereich der Schulpsychologie zu schaffen sowie die Bemühungen im Rahmen des Programms „Schule öffnet sich“ sind im Grundsatz sehr begrüßenswert, gehen jedoch nicht weit genug. Vielmehr muss sich der Ausbau der Stellen und Anrechnungstunden am realen Wachstum des Bedarfs, wie er auch in der COPSY-Studie festgestellt wurde, orientieren.¹ Denn nur mit einer umfassenden schulpsychologischen Betreuung lässt sich die Prävalenz psychischer Auffälligkeiten auf lange Sicht in den Griff kriegen und ein Umschwung in handfeste psychische Störungen verhindern. Auch im Bereich der frühkindlichen Bildung muss unbedingt eine Sensibilisierung der pädagogischen Fach- und Ergänzungskräfte erfolgen, damit diese frühzeitig etwaige psychische Auffälligkeiten erkennen und etwaige weitere Schritte einleiten können.

Coronabedingte Engpässe dürfen nicht dazu führen, dass die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen auf die lange Bank geschoben werden. Es muss jetzt gehandelt werden, um einen Engpass bei der schulischen Fürsorge zu vermeiden. Durch die enge Vernetzung von Schulpsychologen und Therapeuten auf einem Webportal bzw. einer App als auch die Einbindung des psychiatrischen Dienstes müssen die Risiken von Spätfolgen und konkreten Gefährdungslagen für die Betroffenen auf ein Minimum reduziert werden.

¹ <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s00103-021-03291-3.pdf>